Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht 90 ₰ monatl., 2.70 ℳ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt 75 ₰ monatl., 2.25 ℳ vierteljährl.

Durch die Post:
innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.00 ℳ, monatl. 1.20 ℳ ausschl. Postbestellgeld, ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Russland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Spedteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Einzelverkaufspreis der Morgenausgabe 10 ₰, der Abendausgabe 5 ₰.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 4gespaltene 50 mm breite Petitzeile 25 ₰, die 74 mm breite Reklamezeile 1 ℳ; von auswärts 30 ₰, Reklamen 1.20 ℳ; Inserate von Behörden im amtlichen Teil die 74 mm breite Petitzeile 40 ₰.

Geschäftsanzeigen mit Plazvorschriften und in der Abendausgabe im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr 5 ℳ p. Tausend exkl. Postgebühr.

Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8. Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 324. Donnerstag, den 24. November 1910. 104. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Der kürzlich verstorbene Privatmann **Renkwitz** in Leipzig hinterließ sein Vermögen im Betrage von **1 029 114,50 Mark** der Stadtgemeinde Leipzig. (Näheres siehe Stadtverordnetenbericht.)

* Der **Bundesrat genehmigte** außer einigen Etats die neue **Heeresvorlage**. (S. Dtschs. R.)

* Im **Reichstag** wurden am Mittwoch die **sozialdemokratischen** und **konservativen Interpellationen** über die Fleischnot behandelt. (S. Leitartikel und d. Reichstagsber.)

* Am heutigen Tage findet im **Reichstage** die **Wahl** des **zweiten Vizepräsidenten** statt. (S. Reichstagsber.)

* Dem **Reichstage** gingen von der **nationalliberalen** und **Zentrums-Fraktion Interpellationen** über die **Bekämpfung der Rebschädlinge** zu. (S. Dtschs. R. und Reichstagsber.)

* Die **Suffragettes** verübten in London weitere **Roheitsakte**. (S. Ausl.)

* Die **Kämpfe** zwischen **Revolutionären** und **Regierungstruppen** in **Mexiko** dauern an. Bei Torreon sollen die Truppen **zurückgeschlagen** worden sein. (S. Ausl.)

„Die bedauerliche Fleischteuerung."

Unter so viel Fleischmaterial, wie es in der Reichstagsdebatte über die beiden Fleischteuerungsinterpellationen geboten wurde, hätte man des Kontrastes halber gern ein wenig Geist gehabt. Das Verlangen blieb unbefriedigt. Die Interpellanten, wie die Interpellationsbeantworter ließen davon nichts verspüren. Nur Rindvieh und Zahlen, Zahlen und Rindvieh wurden serviert. Und wenn es auch nach Bethmann Hollweg ein Zeichen politischer Dekadenz ist, eine sachliche Debatte nicht zu schätzen, so müssen wir doch mit einer gewissen neidischen Wehmut an verklungene Tage zurückdenken, als noch volkswirtschaftlich wichtige Debatten geführt werden konnten, ohne daß Debattierer, Hörer und Leser in einem Meer von Langeweile und Zahlen ertranken. Die Debatte am Mittwoch mutete eigentlich mehr an die Lesung des **Rohmaterials** für eine mustergültige Debatte an. Die Gründlichkeit hat gegen früher viel zugenommen, aber — so ähnlich schreibt Lothar Bucher — wer mit einer Lupe bewaffnet in großen Erscheinungen herumkriecht, der wird viele recht schätzenswerte Entdeckungen machen, der Erscheinung aber in ihren großen Zügen wird er nicht gerecht werden.

Es war im wesentlichen ein Streit mit Zahlen und ein Streit um Worte, um die Worte „Fleischnot" oder „bedauerliche Fleischteuerung". Und je nachdem, wie man die Zahlen gruppierte, welche Gruppen man in den Vordergrund schob, welche man vernachlässigte, errechnete man das eine oder das andere schier hundertmal errechnete Ergebnis. Die Antwort auf die Frage, was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, läßt sich zudem in den Einsilber „**nichts**" mit der erforderlichen und ausreichenden Genauigkeit zusammenfassen. Und allen, die es angeht, allen, die von irgendwelchen Schritten der Reichsregierung ein rapides Hinabstürzen der Preise für Rinder-, Kalb- und Schweinefleisch gläubig ersehnten — wird die Begründung wenig Trost bieten, daß der Reichskanzler schon so viel für sie getan habe, daß ihm zu tun garnichts mehr übrig bleibe.

Herr **Delbrück** hat mit viel Gewissenhaftigkeit, sekundiert von Herrn **von Schorlemer-Lieser**, der ein sehr gründliches Debüt gab, alles Zahlenmaterial aufmarschieren lassen, das ihm die Reichs- und Staatsämter zu liefern irgend in der Lage waren. Deutschland erfuhr mit einer Genauigkeit, auf die es wenig Wert legen wird, wieviel Rindvieh, Schafe und Schweine es in den 7 ersten Monaten der 7 letzten Jahre verzehrt hat, und was uns diese Ochsen, Schafe und Schweine in jenen insgesamt 49 Monaten gekostet haben. Es wurde eingehend informiert über das Bestehen und Erlöschen der Maul- und Klauenseuche in Oesterreich, in der Schweiz, in Frankreich, in Holland, in Belgien, der Rindertuberkulose in Dänemark, der Rinderpest in Rußland. Alle diese „Lupenerfahrungen" durften es schon deshalb verhältnismäßig kühl lassen, weil die paar veterinärpolizeilichen Erleichterungen, die man gewährt hat, zu sehr der Zeit nach **hinter** die öffentlichen Klagen über die Fleischteuerung oder die Fleischnot fallen, als daß man nicht an eine ursächliche Verknüpfung glauben sollte. Und so wird die Oeffentlichkeit wohl im wesentlichen die Rolle des anderen spielen, der von allem nur das Nein hört — wobei **Sachsen** besonders ein Ohr für **das Nein** haben wird, das dem Verlangen auf Erhöhung des Einfuhrkontingents aus Oesterreich-Ungarn nach den sächsischen und bayrischen Schlachtviehhöfen entgegengestellt wurde.

Viel Neues hat die Debatte — wenn man es anders eine Debatte nennen will, daß fünf Redner nacheinander mit denselben Gründen und nur anderen Worten dasselbe sagen — nicht zutage gefördert. Man wird ihr, wenn man mit Realien rechnen will und nicht der Hoffnung lebt, durch Reden, Seufzer, Kraftausdrücke und Leitartikel von heute auf morgen die Welt aus den Angeln heben zu können, die Gewißheit entnehmen müssen, daß von der Reichsregierung auf diesem Gebiete **nichts zu erwarten** ist. „Eßt Fische und schaltet den Zwischenhandel aus" — das ist der dürftige Trost, den man sich aus Schorlemers Worten herausfischen muß. Zu allen anderen Abhilfemitteln — so vor allem Dingen dem der Einfuhr frischen Fleisches aus Amerika — wären Gesetzesänderungen erforderlich, deren Voraussetzung wiederum eine entsprechende Initiative der Reichsregierung und die Zustimmung des Reichstags wären. Da dieser aber nicht nur über eine landwirtschaftfreundliche Mehrheit — glücklicherweise —, sondern vielmehr — bedauerlicherweise — über eine hyperagrarische Mehrheit verfügt, so würde jene Initiative von einer wesentlich tatkräftigeren Regierung ergriffen werden müssen, als die gegenwärtige.

Wessen Ehrgeiz es deshalb nicht genügt, die Luft durch energische Deklamationen zu erschüttern, der wird sich wohl oder übel damit begnügen müssen, an die Verwirklichung des gedachten Schorlemerschen Trostes zu gehen. Das Fischessen ist dabei eine Sache, die jeder mit sich selbst abzumachen hat. Das Ausschalten des Zwischenhandels aber überall da, wo er sich unangemessen verteuernd bemerkbar macht, wäre ein recht eigentliches Arbeitsgebiet für die **Fleischerinnungen** und die **Kommunen**. Ob sie sich ihr unterziehen werden? Die Hoffnung scheint vorläufig gering. Sie kann aber wachsen, wenn man einiges von der Energie, die man bisher zur Bearbeitung der Regierungen ziemlich fruchtlos vertan hat, auf die Bearbeitung der hierfür maßgebenden Faktoren verwenden will.

Eine Erwiderung.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Leipzig, 23. November 1910.

Sehr geehrte Redaktion!

In dem Artikel Ihres gestrigen Morgenblattes, der „Ein Gedenktag" überschrieben ist, haben Sie Ihre Leser mit den Ergebnissen meiner kleinen Studie über den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund bekanntgemacht und dem Abdruck der Schlußsätze meiner Schrift einige wohlwollende Bemerkungen vorausgeschickt. Sie sprechen darin auch von meiner allgemeinen historischen Auffassung, nennen mich einen „ausgeprägten Individualhistoriker", der aber unter dem Eindruck der Tatsachen das eigentliche individualistische Prinzip, „daß nur die hervorragenden Männer die Geschichte machen", aufgegeben und sich der Anschauung genähert habe, „daß für den Verlauf der Geschichte, auch der politischen, die Masse des Volkes ein ebenso wichtiger Faktor ist, wie die einzelne Persönlichkeit". Sie bezeichnen das als eine „für den Anhänger der modernen Geschichtsauffassung" nicht uninteressante Beobachtung.

Sie werden es mir nicht verdenken, wenn ich gerade vor unserem Leipziger Publikum nicht gerne als ein Mann dastehen möchte, der an einer von der Wissenschaft überholten Anschauungsweise in einer prinzipiell so wichtigen Frage hartnäckig festhalte, obwohl er in der Praxis sich zu dem stillschweigenden Zugeständnisse gezwungen sehe, daß sie unhaltbar sei. Ich bitte Sie daher, Ihren Lesern durch den Abdruck dieser Zeilen Gelegenheit zu geben, meine Stellung zu dieser Frage, wie sie wirklich ist, kennen zu lernen.

Zunächst: eine Geschichtsauffassung, die alleinige Wirksamkeit großer Männer und völlige Einflußlosigkeit der Massen behauptet, gibt es meines Wissens unter Vertretern der Wissenschaft überhaupt nicht und hat es schon seit hundert Jahren nicht gegeben. Wenn Treitschke oder Carlyle, die Sie als Beispiele einer solchen anführen, in ihrer temperamentvollen Art hier und da ein Wort gesprochen oder geschrieben haben, das ein mit ihren historischen Darstellungen unbekannter Leser in diesem Sinne deuten könnte, so beweist das nichts; wer von Treitschkes „Deutscher Geschichte" auch nur weniges gelesen hat, weiß, daß dieser große Historiker auch das Leben und Denken, die Stimmungen und Interessen der Volksmassen da, wo ihre historischen Wirkungen sichtbar werden, eingehend schildert, was er nicht getan haben würde, wenn er sie nicht als wichtige Faktoren des geschichtlichen Lebens betrachtete.

Was mich persönlich angeht, so habe ich einer so einfachen und etwas kindlichen Auffassung nie gehuldigt, und war also auch nicht in der Lage, jetzt von ihr abzuweichen. Ich erkenne vielmehr die Massen als sehr bedeutsame historische Kräfte an. Allerdings vermag ich in ihnen nicht die alleinigen Träger der Entwicklung zu sehen, und ganz besonders nicht die vorwärts drängenden, Neues schaffenden Kräfte. Das schöpferisch wirkende Element ist nach meiner Ueberzeugung immer die Einzelpersönlichkeit, sei es, daß sie die in den Massen dunkel gefühlten Bedürfnisse erkennt und die Mittel zu ihrer Befriedigung entdeckt und zu verwirklichen sucht, sei es, daß sie neue Ziele von sich aus aufstellt und die Massen allmählich für sie gewinnt. Ohne führende Einzelpersönlichkeiten, die sich im Denken und Handeln von der Masse ihrer Zeitgenossen unterscheiden, würde ewiger Stillstand herrschen. Die Massen ihrerseits aber bilden das zurückhaltende, verzögernde Element. Sie müssen für eine Aenderung des Bestehenden erst gewonnen werden; eine Persönlichkeit, die bei ihnen keine Resonanz findet, bleibt unwirksam. Die Massen gewährleisten die Kontinuität der Entwicklung; sie verhindern es, daß einzelne je nach ihrer Laune die Geschichte eines Volkes bald hierhin, bald dorthin treiben können; sie sorgen dafür, daß keine großen Sprünge gemacht werden, daß immer an die bestehenden Einrichtungen und Gefühle angeknüpft werden muß; denn die Führer, die Gefolgschaft haben wollen, müssen sich dem Gesichtskreise der Massen so weit anbequemen, daß sie ihnen verständlich bleiben. Durch die Schwierigkeit der Ueberwindung eingewurzelter Massenüberzeugungen und Massengewohnheiten wird der umgestaltenden und vorwärtsdrängenden Kraft der führenden Individuen die Grenze gesetzt, über die sie nicht hinausgehen können, ohne zu scheitern. Grade beim großen Staatsmann besteht das Geheimnis seiner Erfolge darin, daß er ein sicheres Gefühl für das Mögliche hat, d. h. dafür, wo diese Grenze liegt.

Mit dieser Anschauung steht das, was ich in meiner Schrift über Bismarcks Leistung gesagt habe, in vollem Einklang, und ich muß mich durchaus dagegen verwahren, daß ich von meiner Grundauffassung abgewichen sei. Ob diese Meinung „modern" zu nennen sei, halte ich für völlig gleichgültig. In der Wissenschaft sollte die Mode keine Rolle spielen, denn wenn etwas „modern" ist, so ist damit nur gesagt, daß es dem augenblicklichen Durchschnittsgeschmacke zusagt, nicht aber, ob es richtig oder verkehrt ist.

Hochachtungsvoll
Professor Dr. **Brandenburg**.

Wir wollen uns auf die Ausführungen dieses Briefes an dieser Stelle nicht in dem von mancher Seite wohl erwarteten Maße einlassen, da uns eine Tageszeitung nicht als rechter Ort erscheint, wo rein wissenschaftliche Probleme **eingehend** behandelt werden sollten. Aber zwei Bemerkungen halten wir doch für notwendig. Wenn von der „modernen Geschichtsauffassung" gesprochen worden ist, so ist damit lediglich eine **Zeitbestimmung** gegeben. Hätten wir eine wissenschaftliche „Mode" damit bezeichnen wollen, würden wir einen anderen Ausdruck gewählt haben. Im übrigen halten wir es trotz der Ausführungen in dem abgedruckten Briefe mit **Friedrich List**: „Die Geschichte lehrt, daß die Individuen den größten Teil ihrer produktiven Kraft aus den gesellschaftlichen Institutionen und Zuständen ziehen."

Die Volkszählung und das Glaubensbekenntnis.

Von „Wolffs Sächs. Landesdienst" wird folgender, anscheinend offiziöser Artikel verbreitet:

Von verschiedenen Seiten ist in der letzten Zeit der Versuch gemacht worden, weitere Kreise dazu zu bestimmen, daß sie bei der am 1. Dezember d. J. stattfindenden **Volkszählung** die in den Haushaltungslisten gestellte Frage nach dem **Glaubensbekenntnis** mit einem „**nein**" oder ähnlich beantworten. Zum Teil verbinden sich mit diesem Ansinnen Demonstrationsabsichten, durch die der Regierung bewiesen werden soll, daß die breite Masse des Volkes **nicht mehr religiös** sei. Nun erscheint aber eine derartige Absicht von vornherein ganz verfehlt, weil die Regierung überhaupt nicht erfährt, wer die Demonstranten sind; denn das Urmaterial der Volkszählung kommt bei der Aufarbeitung nur in die Hände von Hilfspersonal der statistischen Aemter, und die Regierung erfährt nur die durch die statistischen Aemter festgestellten **Zahlen**, aus denen sie nicht erkennen kann, wer und wes Standes die als Religionslose gezählten Personen sind. Ganz abgesehen aber von der Verfehltheit dieser Demonstration würde sie bei ihrer wirklichen Ausführung im großen **ganz andere** als die erwarteten **Folgen** zeitigen. Taucht bei der diesmaligen Zählung in irgendeinem Landesteile eine im Vergleich mit den früheren Zählungen auffallende Menge von Religionslosen auf, so ist die nächste Folge die, daß die Aufbereitungsstelle gezwungen ist, der Sache auf den Grund zu gehen. Die betreffenden Listen werden wieder an die Gemeindebehörden zurückgeschickt, damit die Angaben über das Glaubensbekenntnis nachgeprüft werden. Es steht nämlich fest, daß derjenige, der einer Kirche oder Religionsgemeinschaft angehört, nur dadurch von der statistischen Zurechnung zu seiner Bekenntnisgemeinschaft frei wird, wenn er seinen **Austritt** erklärt und eine Austrittsbescheinigung erhalten hat. Ist dies nicht der Fall, so ist er, gleichgültig, wie es in seinem Herzen aussieht, dem betreffenden Bekenntnis zuzurechnen. Macht er eine andere Angabe in die Zählungsliste, so ist sie **falsch** und bedarf der **Berichtigung**. Denn es sollen nicht die Ueberzeugungen, sondern die **Bekenntniszugehörigkeit** gezählt werden. Die Gemeindebehörden würden sonach bei der Nachprüfung der Zählungslisten von jedem, der kein Glaubensbekenntnis angegeben hat, die Vorlegung der **Austrittsbescheinigung** fordern müssen. Kann diese nicht vorgelegt werden, so erfolgt die **Eintragung des Glaubensbekenntnisses** ohne Rücksicht auf die Zustimmung des Betroffenen. Die Folge der Demonstration wäre also eine sonst leicht vermeidliche **Belästigung des Publikums**, ferner eine starke Vermehrung der Arbeiten an der Volkszählung und im Gefolge davon eine Erhöhung der Kosten. Diese fallen zwar zunächst dem Staate zur Last, in zweiter Linie aber dann wieder den Steuerzahlern. Es kann also nicht dringend genug angeraten werden, den Vorschlägen auf Nichtangabe des Glaubensbekenntnisses lieber nicht Folge zu leisten, da nicht das geringste damit erreicht werden würde.

Einst und jetzt.

Als durch die Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 die Rheinzölle und durch das Norddeutsche Bundesgesetz vom 11. Juni 1870 sämtliche anderen Schiffahrtszölle auf den deutschen Strömen beseitigt waren, schrieb am 3. Juli 1870 ein konservatives Blatt, die „Schlesische Zeitung", u. a.:

„Der deutsche Zopf, das einzige unzerreißbare Band, durch welches Deutschland seit dem Beginn und Aufschwung der Kleinstaaterei so lange niedergehalten worden, naht sich nun wirklich seinem Ende. . . Zu dieser alten deutschen Zopfwirtschaft gehörten auch die **Flußzölle** auf den deutschen Strömen. Dieses Kapitel hat seine Geschichte, eine wirklich **haarsträubende Geschichte** von den deutschen Vaterländern, in denen man oft nicht eine Meile weit gehen oder fahren konnte, ohne dem Zöllner zu verfallen und wie ein Fremder mit Schlagbaum und Maut behandelt zu werden. . . . Der Rheinzoll, der Weserzoll und auch der Elbzoll waren **Finanzquellen** der einzelnen Territorien, durch die schon dem Binnenhandel die **schlimmsten Fesseln** angelegt wurden, so daß es gar kein Wunder war, daß die deutsche Flagge, die nicht einmal im eigenen Vaterlande die Freiheit des Stromes und der Lüfte genoß, des Weges in die freien Wogen der See verlustig gingen. . . . Am meisten von allen deutschen Strömen hatten Rhein und Elbe zu leiden, wohl deshalb, weil beide die verschiedensten Gebiete und so vieler Herren Länder durchströmten. Es war daher auch eine der ersten Bundeshandlungen der nach der napoleonischen Herrschaft wieder zu sich gekommenen deutschen Bundesländer, die Rheinschiffahrtsabgaben zu regeln, aber trotzdem wurde die Schiffahrt nicht frei, wie es ein Desiderium der Bundesverfassung gewesen, und erst vor vier Jahren ist es gelungen, die **Rheinzölle** zu Falle zu bringen, ein Verdienst, welches dem Zollvereinsverkehr, also mittelbar **Preußen** gebührt.

Außerdem bestand auf der Elbe ein drückender Zoll, an welchem aller Schiffahrtsverkehr erlahmte. **Preußen** ging auch hier mit gutem Beispiel **voran**; es erleichterte seinerseits die Zölle und Stromgefälle so viel als möglich . . . man verlangte ohne Einschränkung die volle Beseitigung des Elbzolles als ein deutsches Grundrecht und die Verhandlungen des Bundesrats und des Reichstags führten endlich zu dem heißersehnten Resultate. . . Und jetzt ist das betreffende Gesetz publiziert und sind die Zollschranken für immer (? Red.) auf der freien Woge des Elbstromes von der Quelle bis in die deutsche See gefallen."

Vierzig Jahre ruhmvoller gewerblicher Entwickelung sind vergangen, seitdem die vorstehenden Zeilen geschrieben wurden, die Preußens Verdienste um die Beseitigung des alten Zopfes ins hellste Licht stellen. Und jetzt ist es wiederum Preußen, das die verzweifeltsten Anstrengungen macht, um den Verkehr auf den deutschen Wasserstraßen wieder durch Schiffahrtszölle oder, was dasselbe bedeutet, Schiffahrtsabgaben zu unterbinden.

Deutsches Reich.

Leipzig, 24. November.

* **Die Rückreise der deutschen Kronprinzessin.** Die „Neue pol. Korresp." schreibt: Wie jetzt feststeht, wird die deutsche **Kronprinzessin** auf ihrer Rückreise von Colombo nach Alexandrien den Dampfer „**Lützow**" benutzen. Nach Beendigung ihres auf 2 Monate berechneten Aufenthalts in Aegypten steht der Kronprinzessin das Stationsschiff „**Loreley**" zur Verfügung, das sich in Genua für diesen Zweck vorzubereiten hat. Nach Aegypten nimmt die Kronprinzessin in **Cannes** Aufenthalt. Der Rückkehr wird erst im Mai n. J. entgegengesehen.

* **Die Studien der kaiserlichen Prinzen.** Prinz **August Wilhelm**, der in nächster Zeit die Referendarprüfung ablegen wird, hat soeben die **schriftlichen Prüfungsarbeiten** eingereicht. — Prinz **Joachim von Preußen**, der in Potsdam mit seinen Plöner Studiengenossen von besonders dazu bestimmten Offizieren für die **Offizierprüfung** vorbereitet wird, wird diese kurz vor dem Geburtstag des Kaisers ablegen.

* **Die Plenarsitzung des Bundesrats** hat am 22. November dem Entwurf eines Gesetzes über die **Friedenspräsenzstärke** des deutschen Heeres die **Zustimmung** erteilt, ferner den zweiten Nachtragsetat für die Schutzgebiete 1910 angenommen, ebenso den Etat für das Auswärtige Amt, das Reichsamt des Innern, das Reichskolonialamt und die Schutzgebiete. Schließlich wurde über die Wahl des Präsidenten und eines Mitgliedes bei der Disziplinarkammer für elsaß-lothringische Beamte und Lehrer in Kolmar Beschluß gefaßt.

* **Der Reichsetat** wird dem Reichstage am 30. November oder 1. Dezember zugehen. Die erste Etatslesung wird nicht vor dem 6. Dezember beginnen.

* **Die erste Lesung des Schiffahrtsabgabengesetzes** wird voraussichtlich am 28. November stattfinden. Der Reichskanzler v. **Bethmann Hollweg** wird selbst in dieser Beratung **das Wort ergreifen**.

* **Ausführungsbestimmungen und -gesetze zum Reichsviehseuchengesetz.** Die eingeforderten **Gutachten der Bundesregierungen zum Vorentwurf** der Ausführungsbestimmungen des Reichsviehseuchengesetzes sind jetzt bei der zuständigen Reichsbehörde eingegangen. Es findet daraufhin gegenwärtig eine **nochmalige Bearbeitung** des

SLUB
Wir führen Wissen.